



Wetteraukreis

Niederschrift

Friedberg, 18.03.2010

Gremium	Haupt- und Finanzausschuss
Sitzungsnummer	IX. WP/47. Sitzung -
Datum	Freitag, den 05.03.2010
Sitzungsbeginn	16:00 Uhr
Sitzungsende	18:06 Uhr
Ort	Sitzungsraum 201, Friedberg öffentlich

Anwesenheit

Vorsitzender

Konrad Dörner, Bad Nauheim

Mitglieder

Marc Dieruff, Friedberg
Armin Häuser, Bad Nauheim
Oliver Hampel, Gedern
Peter Heidt, Bad Nauheim
Helmut Jung, Nidda
Alexander Kartmann, Butzbach
Ekkehard Kehm, Ortenberg
Stefan Lux, Florstadt
Michael Rückl, Wölfersheim
Karl-Heinz Schneider, Münzenberg
Almut Wilser, Bad Nauheim

KTV/stellv. KTV/Kreisausschuss

Bernfried Wieland, Büdingen
Sabine Ergün, Friedberg
Joachim Arnold, Wölfersheim
Helmut Betschel-Pflügel, Friedberg
Ottmar Lich, Rabenau
Helmut Münch, Bad Nauheim
Walter Pöllmann, Nidda
Astrid Triesch, Büdingen
Oswin Veith, Butzbach
Edda Weber, Florstadt

Schriftführerin

Julia Pilz

Von der Verwaltung

Mark Kannieß, FDL Soziale Hilfen
Simone Schestakoff, FDL Familienförderung
Margot Bernd, FBL Jugend, Familie und Soziales
Peter Rudel, Regionalentwicklung und Umwelt
Annette Kaschig, Revision
Andreas Becker, stellv. Leiter FD Finanzen
Tanja Arand, FD Finanzen
Sabine Bach, FD Finanzen
Ingrid Kellner, FDL Personal
Frank Neubauer, Betriebsleiter EGW

Vertreter weiterer Fraktionen

Volker Sachs, Sitzungsgast
Klaus Fischer, Sitzungsgast

Gäste

Andreas Grau, Geschäftsführer WAUS gGmbH

Ausschussvorsitzender Konrad Dörner begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Beginn der Sitzung moniert die Abgeordnete Almut Wilser (CDU) die beengten Sitzverhältnisse im Sitzungsraum 201, bei Teilnahme zahlreicher Mitarbeiter der Verwaltung zu den Haushaltsberatungen und schlägt vor, zukünftig bei solchen Anlässen im Plenarsaal zu tagen.

Hierbei wird Sie vom Ausschussvorsitzenden unterstützt, der außerdem hinzufügt, dass es kein zufrieden stellender Zustand sei, dass es keinen Sitzungsraum in einer Größe zwischen dem Raum 201 und dem Plenarsaal gibt.

Anschließend wird auf Vorschlag der Abgeordneten Almut Wilser (CDU) vereinbart, bei zu erwartender, hoher Teilnehmerzahl, zukünftig im Plenarsaal zu tagen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wird auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden die Sitzungsdauer wegen anschließender Termine einvernehmlich auf 18.00 Uhr beschränkt.

Gegen die Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch.

TOP 1

Begrüßung und Mitteilungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt teilt der Ausschussvorsitzende Konrad Dörner mit, dass die SPD-Fraktion mit Schreiben vom 27.01.2010 Herrn Oliver Hampel als Nachrücker, für die aus dem Kreistag ausgeschiedene Gudrun Hamacher, als Vertreter der Fraktion im Haupt- und Finanzausschuss benannt hat und begrüßt ihn als neues Mitglied im Haupt- und Finanzausschuss.

Er teilt weiterhin folgendes mit:

Folgende Unterlagen wurden an die Ausschussmitglieder versandt:

1. SIP-Standardbericht und Anlage mit Stand 15.02.2010
2. II. Änderungsliste zum DHH 2010/2011, welche bereits in den anderen Ausschüssen beraten und beschlossen wurde und welche ebenfalls Gegenstand der heutigen Beratungen zu Top 4 sein soll.

3. Ebenso wurde eine neue Anlage zur Sitzungsvorlage Wirtschaftsplan vhs, Top 13 versandt. Hier wurde in der Sitzung der Betriebskommission im Wirtschaftsplan 2010 die Höchstbeträge für die Kassenkredite von 103.000 € auf 100.000 € herabgesetzt. Der Kreisausschuss hat diesen Beschlussvorschlag so übernommen, diesem zugestimmt und empfiehlt dem H+F ebenfalls Zustimmung.

Folgende Unterlagen werden heute an die Ausschussmitglieder verteilt:

1. Antrag zur KT-Sitzung am 10.03.2010 der Fraktion B90/Die Grünen zum DHH 2010/2011 vorab zur Kenntnis
2. Anträge der SPD Fraktion zum DHH 2010/2011
3. Antrag der Fraktion B90/Die Grünen zu Top 6, Schulentwicklungsplan allg. bildende Schulen
4. Beschlussempfehlung des Ausschusses Schule und Kultur (federführend) zum Schulentwicklungsplan allg. bildende Schulen
5. Anlage zum Sepl A „Raumblätter nach Schulplanungsbezirken“
6. Darstellung und Präsentationsfolien zu Top 11 Einhaltung Stellenbesetzungssperren 2009

Weitere Mitteilungen liegen nicht vor.

TOP 2

Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift der Sitzung vom 28.01.2010 wird einstimmig genehmigt.

TOP 3

Anfragen an die Fachdezernenten

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 4

(Drucksachen-Nr. 2009-3548)

Entwurf des Investitionsprogramms 2009-2013 sowie Entwurf der Haushaltssatzung und des Doppelhaushaltsplanes 2010/2011 mit Anlagen - II. Änderungsliste -

TOP 4.1

2. Lesung

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen Änderungsanträge der Fraktion B90/Die Grünen und der SPD-Fraktion vor.

Es wird einvernehmlich vereinbart, zunächst die haushaltsrelevanten Anträge und dann den Doppelhaushalt selbst zu beraten.

Der Abgeordnete Michael Rückl (B90/Die Grünen) teilt für die Änderungsanträge seiner Fraktion mit, dass diese in der heutigen Sitzung nicht zur Abstimmung gestellt werden sollen. Sie sollen den Ausschussmitgliedern im Hinblick auf die Kreistagssitzung am 10.03.2010, zur Beratung in den Fraktionen, zur Kenntnis gegeben werden.

Der Abgeordnete Michael Rückl (B90/Die Grünen) begründet den Antrag seiner Fraktion.

An den Beratungen beteiligen sich die Abgeordneten Peter Heidt (FDP), Stefan Lux (SPD) und Michael Rückl (B90/Die Grünen) sowie der Ausschussvorsitzende Konrad Dörner und Landrat Joachim Arnold.

Eine Beschlussfassung hierzu erfolgt nicht.

Im Anschluss werden die Änderungsanträge der SPD-Fraktionen zur Beratung gestellt.

Der Abgeordnete Stefan Lux (SPD) begründet die Anträge 1 und 2 seiner Fraktion. Die Anträge 3 bis 5 begründet der Abgeordnete Karl-Heinz Schneider (SPD).

Folgende Anträge liegen somit vor und werden vom Ausschussvorsitzenden zur Abstimmung gestellt:

Antragsteller bzw. Fraktion/en	Antrag	Abstimmung
SPD	<p>Die Verabschiedung des Haushalts 2011 wird auf die nächste Kreistagssitzung, nach Vorlage der Eröffnungsbilanz im März, verschoben.</p> <p>Beschlussempfehlung der Ausschüsse für Soziales sowie Schule und Kultur: <u>Ablehnung</u></p>	<p>Mehrheitlich mit 7 Nein-Stimmen und 5 Ja-Stimmen <u>abgelehnt.</u></p>
SPD	<p>Im Haushalt 2010, Teilhaushalt 12000 Verkehrsinfrastruktur, wird eine VE von 1 Mio. €, und in 2011 ein HH-Ansatz von 1 Mio. € für den Ausbau der S 6 zwischen Frankfurt und Bad Vilbel veranschlagt.</p> <p>Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kreisentwicklung: <u>Zustimmung</u></p>	<p>Einstimmig <u>angenommen.</u></p>
SPD	<p>Der Kreisausschuss wird beauftragt, für das Gästehaus Hubertus eine Konzeption zu entwickeln, die eine zukünftige, attraktive Nutzung ermöglicht. Für eine Umsetzung dieser Konzeption sind im Haushalt für das Jahr 2011, 500.000,- € einzustellen. Investitionsnummer 0706009002Gästehaus Hubertus.</p> <p>Beschlussempfehlung der Ausschüsse für Soziales sowie Schule und Kultur: <u>Ablehnung</u></p>	<p>Mehrheitlich mit 7 Nein-Stimmen, 4 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung <u>abgelehnt.</u></p>
SPD	<p>Im Teilergebnishaushalt Teilhaushalt 03010 Sonst. Schulische Aufgaben Nr. 7128015 Schulsozialarbeit wird der Ansatz 2010 um 300.000 € auf 400.000 € angehoben, der Ansatz 2011 um 250.000 € auf 400.000 €. Zur Deckung werden die Ansätze für Jugendhilfeleistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen in 2010 auf 31.375.925,- € und in 2011 auf 32.015.925,- € festgesetzt.</p> <p>Beschlussempfehlung der Ausschüsse für Soziales sowie Schule und Kultur: <u>Ablehnung</u></p>	<p>Mehrheitlich mit 7 Nein-Stimmen, 4 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung <u>abgelehnt.</u></p>
SPD	<p>Die Mittel für flankierende Maßnahmen für Familien und integrative Maßnahmen im Bereich der Familien- und Jugendhilfen neu zu ordnen:</p>	<p>Mehrheitlich mit 7 Nein-Stimmen, 4 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung <u>abgelehnt.</u></p>

Antragsteller bzw. Fraktion/en	Antrag Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Kreistag:	Abstimmung
	Konto:7250731 Ambulante Erziehungshilfen gem. § 27 SGB VII von 400.000 auf 520.000,-- € Konto: 7250732 Flankierende Erziehungshilfen (Hausaufgaben) von 85.000 auf 120.000 ,--€ Konto: 7250811 Hilfe für jung Volljährige von 610.000 auf 800.000,-- € Zur Deckung werden zu erwartende Minderausgaben aufgrund der Präventionsmaßnahmen aus Konto 7250771, THH 06005 vorgeschlagen. Beschlussempfehlung der Ausschüsse für Soziales sowie Schule und Kultur: Ablehnung	

Sodann beschließt der Haupt- und Finanzausschuss folgende Haushaltsbereiche mit Einzelabstimmung jeweils mehrheitlich bei 7 Ja-, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung unter Berücksichtigung der im Ausschuss beschlossenen Änderungen und der Änderungslisten I. und II. in folgender Reihenfolge:

1. Investitionsprogramm für die Jahre 2009 bis 2013
2. Stellenplan 2010/11
3. Haushaltsplan 2010/11 mit Anlagen
3. Gesamtergebnishaushalt 2010/11
4. Gesamtfinanzhaushalt 2010/11
5. Haushaltssatzung 2010/11

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt damit dem Kreistag zur Annahme:

- ...das Investitionsprogramm für die Jahre 2009 bis 2013
- ...die Haushaltssatzung 2010/2011 und den Haushaltsplan 2010/2011 mit Anlagen.

**TOP 4.2 (Drucksachen-Nr. 2010-3313)
Durchführung des „Zensus 2011“ im Wetteraukreis**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde als Bestandteil des Doppelhaushaltes 2010/2011 zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 4 beraten und beschlossen.

Folgender Beschluss wurde bereits in die II. Änderungsliste zum DHH 2010/2011 eingearbeitet. Eine erneute Beschlussfassung hierzu ist somit nicht notwendig.

„Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Durchführung des Zensus 2011 im Wetteraukreis zur Kenntnis. Es werden Haushaltsmittel für die folgenden Jahre bereitgestellt

2010	181.000 €
2011	360.000 €
2012	152.686 €

Die Ansätze des Budgets für den Zensus sollen gemäß § 21 I GemHVO als übertragbar erklärt werden. Für den Zensus wird beim Teilhaushalt 02001 „Statistik“ ein eigener Kostenträger eingerichtet.

Die Kontenverteilung wird in Zusammenarbeit mit dem Fachdienst 1.2 erfolgen.

Die entsprechenden Haushaltsmittel werden noch für den Doppelhaushalt 2010/2011 etaisiert.

Die Einnahmen sind in gleicher Höhe im Haushaltsplan darzustellen.“

TOP 5

(Drucksachen-Nr. 2009-3575)

Übernahme des Bilanzverlustes 2008 der WAUS gGmbH durch den Wetteraukreis

Zu diesem Tagesordnungspunkt nimmt Andreas Grau, Geschäftsführer der WAUS gGmbH an der Sitzung teil.

An den Beratungen beteiligen sich die Abgeordneten Peter Heidt (FDP) und Michael Rückl (B90/Die Grünen) sowie der Ausschussvorsitzende Konrad Dörner und der Erste Kreisbeigeordnete Oswin Veith.

Auf Nachfragen seitens des Ausschusses zur Entwicklung der Forderungen des Wetteraukreises gegenüber der WAUS gGmbH, schlägt Erster Kreisbeigeordneter Oswin Veith vor, dem Ausschuss eine Aufstellung zu dieser Fragestellung vorzulegen, welche diesem Protokoll als Anlage 1 beigefügt ist.

Hierzu herrscht Einvernehmen.

Fragen werden umfassend beantwortet.

Anschließend fasst der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Kreistag:

Der Hauptgesellschafter (Wetteraukreis) übernimmt den Bilanzverlust 2008 in Höhe von 590.726,82 € der WAUS gGmbH. Die erforderlichen Haushaltsmittel stehen im Teilhaushalt „16003 Beteiligungen, Konto 7680010 Aufwendungen aus Verlustübernahmen“ zur Verfügung.

TOP 6

(Drucksachen-Nr. 2009-3591)

8. Fortschreibung des Schulentwicklungsplans Allgemein bildende Schulen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion bezüglich des Schulplanungsbezirkes 3 Friedberg, hier Grundschule Stammheim, vor.

Dieser lautet:

„Die Grundschule Stammheim bleibt weiterhin eigenständig. Eine Änderung der Schulbezirksgrenze wird nicht vorgenommen.“

Außerdem liegen Änderungsanträge der Fraktion B90/Die Grünen sowie der Fraktionen CDU, FDP und FWG/UWG vor, welche bereits im Ausschuss Schule und Kultur beraten und beschlossen wurden.

Die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule und Kultur wurde zu Beginn der Sitzung bereits verteilt.

Gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule und Kultur wurde der Antrag der Fraktion B90/Die Grünen bezüglich der Schulbezirke 1, 9, 10 und 11 durch den Abgeordneten Salz als Sprecher der Fraktion im Ausschuss für erledigt erklärt. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Der verbleibende, nicht für erledigt erklärte Änderungsantrag zu Schulbezirk 3 Friedberg lautet:

„Die Grundschule Stammheim bleibt eigenständige Grundschule. Die Schulbezirksgrenzen werden gem. §143 Hessisches Schulgesetz verändert. Der Schulbezirk der Grundschule Stammheim wird um den Stadtteil Staden erweitert. Der Schulbezirk der Karl-Weigand-Schule wird um den Stadtteil Staden verkleinert.“

Dieser Änderungsantrag wurde im Ausschuss Schule und Kultur mit 8 Ja- und 4 Nein-Stimmen mehrheitlich beschlossen.

Ebenso wurden die Änderungsanträge der Fraktionen CDU, FDP und FWG/UWG bereits im Ausschuss für Schule und Kultur beraten und mehrheitlich beschlossen.

Die Beratung und Beschlussfassung im Haupt- und Finanzausschuss soll auf der Grundlage der Beschlussempfehlung des Ausschusses Schule und Kultur erfolgen. Zusätzlich sollen, so der Wunsch des Ausschusses, zu den Anträgen auch im Haupt- und Finanzausschuss Beschlüsse gefasst werden.

Da die Anträge der Fraktionen CDU, FDP und FWG/UWG nicht vorliegen, schlägt der Ausschussvorsitzende vor, die Anträge zum jeweiligen Schulplanungsbezirk vorzulesen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden einigt sich der Haupt- und Finanzausschuss zudem darauf, den Schulentwicklungsplan analog der Nummern der Schulbezirke zu beraten und die hierzu vorliegenden Anträge dann einzeln abzustimmen.

Die Begründung der jeweiligen Anträge erfolgt im Rahmen der Beratungen zu den betreffenden Schulbezirken.

Zu dem Grundsatzbeschluss: „Erhalt aller Grundschulstandorte“ weist der Abgeordnete Stefan Lux (SPD) darauf hin, dass ein solcher Kreistagsbeschluss bereits existiere.

Ohne weitere Beratung fasst der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Kreistag:

„Alle Grundschulstandorte im Wetteraukreis bleiben erhalten.“

Schulplanungsbezirk 1

An den sich anschließenden Beratungen zum Schulplanungsbezirk 1 Butzbach beteiligen sich die Abgeordneten Klaus Fischer (Die Linke), Peter Heidt (FDP), Alexander Kartmann (CDU), Ekkehard Kehm (FWG/UWG), Michael Rückl (B90/Die Grünen) und Karl-Heinz Schneider (SPD), Almut Wilser (CDU) sowie der Ausschussvorsitzende Konrad Dörner und der Kreisbeigeordnete Helmut Betschel-Pflügel.

Der Kreisbeigeordnete Helmut Betschel-Pflügel teilt mit, dass seitens des Staatlichen Schulamtes geäußert worden sei, dass der Schulentwicklungsplan des Wetteraukreises bezüglich Butzbach in der vorliegenden Form wohl nicht genehmigt werde, da die vorliegenden Daten zur Bevölkerungsentwicklung, eine solche Planung nicht rechtfertigten.

Im Verlauf der Diskussion weist der Kreistagsvorsitzende, Bernfried Wieland, die Ausschussmitglieder darauf hin, dass der Kreistag diesen Tagesordnungspunkt federführend in den Ausschuss für Schule und Kultur verwiesen hatte, weswegen dessen Beratungsergebnis auch Grundlage für die Beschlussfassung im Kreistag am 10.03.2010 sei.

Die im Haupt- und Finanzausschuss gestellten Änderungsanträge seien unabhängig von einer Beschlussfassung nicht Grundlage für die Abstimmung im Kreistag am 10.03.2010.

Diese Anträge müssten dann, soweit sie im Kreistag abgestimmt werden sollen, dort erneut gestellt werden.

Im Anschluss an die Beratungen fasst der Haupt- und Finanzausschuss folgende Beschlüsse:

1. Mittelpunktschule Oberer Hüttenberg mit 7 Ja- und 5 Nein-Stimmen

Die Sekundarstufe I der Mittelpunktschule Oberer Hüttenberg wird als verbundene Haupt- und Realschule weitergeführt, wenn zum Schuljahresbeginn 2011/2012 in der Jahrgangsstufe 7 jeweils die gesetzlichen Mindestzahlen für die Hauptschule und die Realschule erreicht werden.

Wenn dies nicht der Fall ist, können ab dem Schuljahr 2011/12 keine Schülerinnen und Schüler mehr in der Sekundarstufe I der MPS Oberer Hüttenberg aufgenommen werden und die Schule wird nach dem Auslaufen der bestehenden Sekundarstufenklassen zur Grundschule.

2. Stadtschule einstimmig

Dem Antrag der Stadtschule Butzbach auf Umwandlung in eine Kooperative Gesamtschule (KGS) kann nur entsprochen werden, wenn zum Schuljahr 2011/12 in der Jahrgangsstufe 7 jeweils die gesetzlichen Mindestzahlen der Hauptschule und Realschule erreicht werden. Für das Schuljahr 2011/12 muss die Schule zusätzlich den Nachweis führen, dass eine ausreichende Zahl von Schülerinnen und Schülern für die Bildung von zwei Gymnasialklassen zu erwarten ist.

Die Entscheidung, ob dem Antrag der Stadtschule auf Umwandlung in eine Kooperative Gesamtschule entsprochen wird, trifft der Kreistag rechtzeitig vor Beginn des Schuljahres 2011/12 auf der Grundlage der erfolgten Anmeldungen.

Sollte auf der Basis der erfolgten Anmeldungen eine Umwandlung in eine KGS nicht erfolgen können, wird die Schule als verbundene Haupt- und Realschule mit FöSt fortgeführt.

3. Schrenzerschule einstimmig

Dem Antrag der Schrenzerschule Butzbach auf Umwandlung in eine Integrierte Gesamtschule (IGS) wird entsprochen, wenn zum Schuljahr 2010/11 oder 2011/12 sowohl in der Jahrgangsstufe 5 als auch in der Jahrgangsstufe 7 jeweils mindestens die Dreizügigkeit erreicht wird.

Die Entscheidung, ob dem Antrag der Schrenzerschule auf Umwandlung in eine Integrierte Gesamtschule entsprochen wird, trifft der Kreistag rechtzeitig vor Beginn des entsprechenden Schuljahres auf der Grundlage der erfolgten Anmeldungen.

Sollte auf der Basis der erfolgten Anmeldungen eine Umwandlung in eine IGS nicht erfolgen können, wird die Schule in ihrer bisherigen Form fortgeführt

Die pädagogische Fortentwicklung der Schule bezüglich partieller Kooperation mit der benachbarten Beruflichen Schule wird grundsätzlich befürwortet, wenn dadurch kein Mehrbedarf an Schulraum benötigt wird.

Schulplanungsbezirk 2

Hierzu liegen keine Änderungsanträge vor.

Sodann fasst der Haupt- und Finanzausschuss auf Vorlage des Ausschusses für Schule und Kultur einstimmig folgenden Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Kreistag:

Die 8. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes Allgemein bildende Schulen zum Schulplanungsbezirk 2 in der im Schulentwicklungsplan dargestellten Form.

Schulplanungsbezirk 3

Der Abgeordnete Stefan Lux begründet den Antrag seiner Fraktion zum Schulplanungsbezirk 3 Friedberg.

In seiner Begründung führt er insbesondere den Elternwillen als Grundlage für den gestellten Antrag an. Dieser sei durch das Überreichen von ca. 1200 Unterschriften an den Ausschussvorsitzenden des Ausschusses Schule und Kultur, verdeutlicht worden und bedürfe der Berücksichtigung durch die Politik.

An den sich anschließenden Beratungen beteiligen sich die Abgeordneten Stefan Lux (SPD), Michael Rückl (B90/Die Grünen), Almut Wilser (CDU) Armin Häuser (CDU)

Sodann lehnt der Haupt- und Finanzausschuss bei 4 Ja-, 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich den Antrag der SPD-Fraktion zum Schulplanungsbezirk 3 ab.

Anschließend lässt der Ausschussvorsitzende über den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Schule und Kultur vom 04.03.2010 abstimmen.

Bei 7 Ja-, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung fasst der Haupt und Finanzausschuss mehrheitlich folgenden Beschluss:

„Die Grundschule Stammheim bleibt eigenständige Grundschule. Die Schulbezirksgrenzen werden gem. §143 Hessisches Schulgesetz verändert. Der Schulbezirk der Grundschule Stammheim wird um den Stadtteil Staden erweitert. Der Schulbezirk der Karl-Weigand-Schule wird um den Stadtteil Staden verkleinert.“

Schulplanungsbezirk 4

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Ohne weitere Beratung fasst der Haupt- und Finanzausschuss auf Vorlage des Ausschusses für Schule und Kultur einstimmig folgenden Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Kreistag:

Die 8. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes Allgemein bildende Schulen zum Schulplanungsbezirk 4 in der im Schulentwicklungsplan dargestellten Form.

Schulplanungsbezirk 5

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Ohne weitere Beratung fasst der Haupt- und Finanzausschuss auf Vorlage des Ausschusses für Schule und Kultur einstimmig folgenden Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Kreistag:

Die 8. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes Allgemein bildende Schulen zum Schulplanungsbezirk 5 in der im Schulentwicklungsplan dargestellten Form.

Schulplanungsbezirk 6

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Ohne weitere Beratung fasst der Haupt- und Finanzausschuss auf Vorlage des Ausschusses für Schule und Kultur einstimmig folgenden Beschluss:

Die Hohebergschule Ober-Lais und die Grundschule Ulfa bleiben erhalten und selbständig.

- 1. Hohebergschule Ober-Lais: Die Schulbezirksgrenzen werden gemäß §143 Hessisches Schulgesetz verändert. Die derzeit in der Otto-Dönges-Schule beschulten Kinder aus Michelnau werden der Hohebergschule Ober-Lais zugeordnet.*
- 2. Otto-Dönges-Schule: Die gemäß § 145 hessisches Schulgesetz beantragte Einrichtung einer Abteilung für Erziehungshilfe wird eingerichtet.*
- 3. Otto-Dönges-Schule: Die Schulbezirksgrenzen werden gemäß §143 Hessisches Schulgesetz verändert. Die derzeit in der Otto-Dönges-Schule beschulten Kinder aus Michelnau werden der Hohebergschule Ober-Lais zugeordnet.*

Schulplanungsbezirk 7

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Ohne weitere Beratung fasst der Haupt- und Finanzausschuss auf Vorlage des Ausschusses für Schule und Kultur einstimmig folgenden Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Kreistag:

Die 8. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes Allgemein bildende Schulen zum Schulplanungsbezirk 7 in der im Schulentwicklungsplan dargestellten Form.

Schulplanungsbezirk 8

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Ohne weitere Beratung fasst der Haupt- und Finanzausschuss auf Vorlage des Ausschusses für Schule und Kultur einstimmig folgenden Beschluss:

Die Grundschule Höchst bleibt erhalten und selbständig.

Schulplanungsbezirk 9

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Ohne weitere Beratung fasst der Haupt- und Finanzausschuss auf Vorschlag des Ausschusses für Schule und Kultur gem. Änderungsantrag der Fraktionen CDU, FDP und FWG/UWG einstimmig folgenden Beschluss:

Die Schule am Niedertor in Gedern-Wenings bleibt erhalten und selbständig.

Schulplanungsbezirk 10

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Ohne weitere Beratung fasst der Haupt- und Finanzausschuss auf Vorlage des Ausschusses für Schule und Kultur einstimmig folgenden Beschluss:

Die Herzbergschule bleibt weiterhin dem Schulplanungsbezirk 10 Büdingen zugeordnet.

Schulplanungsbezirk 11

An den Beratungen beteiligen sich der Abgeordnete Karl-Heinz Schneider (SPD) und der Ausschussvorsitzende Konrad Dörner.

Nach kurzer Beratung fasst der Haupt- und Finanzausschuss auf geänderte Vorlage des Ausschusses für Schule und Kultur mit 7 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen einstimmig folgenden Beschluss:

Der Satz „ Die Aufnahmekapazität wird im Gymnasialzweig auf 2 Klassen je Jahrgang begrenzt.“ wird durch folgende Formulierung ersetzt:

Die Aufnahmekapazität der Singbergschule wird ab dem Schuljahr 2011/2012 aus räumlichen Gründen auf höchstens 42 Klassen festgelegt. Bei der Aufnahme sind Schülerinnen und Schüler aus dem Schulplanungsbezirk 11 – Wölfersheim vorrangig zu berücksichtigen.

Im Anschluss an die Beratungen und die Beschlussfassung zu diesem Top stellt der Abgeordnete Peter Heidt (FDP) einen Antrag zur Geschäftsordnung.

Er beantragt, die Tagesordnungspunkte 12,13,14,15 und 16 vorzuziehen. Top 8 soll an gleicher Stelle verbleiben.

Der Abgeordnete Karl-Heinz Scheider (SPD) spricht sich gegen eine Veränderung der Tagesordnung aus.

Sodann fasst der Haupt- und Finanzausschuss mit 8 Ja- und 3 Nein-Stimmen mehrheitlich folgenden Beschluss:

Die Tagesordnungspunkte 12, 13, 14, 15 und 16 werden vorgezogen. Tagesordnungspunkt 8 verbleibt an dieser Stelle der Tagesordnung.

TOP 7 (alt 12)

(Drucksachen-Nr. 2010-3316)

Aufhebung des Sperrvermerks für eine Projektstudie zum Bau und Betrieb einer "villa rustica"

Der Ausschussvorsitzende Konrad Dörner teilt mit, dass zu diesem Tagesordnungspunkt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kreisentwicklung vom 03.03.2010 vorliegt, wonach dem Haupt und Finanzausschuss Zustimmung zu dieser Vorlage empfohlen wird. Die Beschlussfassung im Ausschuss Kreisentwicklung erfolgte einstimmig.

Landrat Arnold ergänzt, dass es einen möglichen privaten Investor für die spätere Umsetzung des Projektes gibt und verweist im Übrigen auf seine Ausführungen in der Sitzung des Ausschusses für Kreisentwicklung am 03.03.2010.

An den Beratungen beteiligen sich der Ausschussvorsitzende Konrad Dörner und der Abgeordnete Michael Rückl (B90/Die Grünen).

Nach kurzer Beratung fasst der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt nach Beratung auch im Ausschuss für Kreisentwicklung einer Aufhebung des Sperrvermerks für eine Projektstudie zum Bau und Betrieb einer „villa rustica“ zu.

TOP 8

(Drucksachen-Nr. 2009-3595)

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Gebäudewirtschaft des Wetteraukreises für das Wirtschaftsjahr 2010

Zu diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Betriebsleiter des Eigenbetriebes Gebäudewirtschaft (EGW), Frank Neubauer, an der Sitzung teil.

Er erläutert den Wirtschaftsplan und teilt mit, dass durch die Baumaßnahmen im Zusammenhang mit den Sonderinvestitionsprogrammen (SIP) ca. 5000 qm zusätzlich gereinigt werden müssen. Diese Folgekosten aus SIP seien nicht im Wirtschaftsplan enthalten.

Um diesen Zuwachs an Reinigungsbedarf zu decken, wird die Fremdleistungsquote von derzeit 39% wahrscheinlich auf zwischen 40 und 45 % ansteigen. Zwar konnten durch die Einführung der Sichtreinigung oder auch ergebnisorientierten Reinigung, Synergien erzielt werden, so dass bereits jetzt mehr Fläche gereinigt werden kann, ein Verzicht auf die Steigerung der Quote externer Reinigungsleistungen wird aber wohl nicht möglich sein.

Fragen aus der Mitte des Ausschusses werden umfassend beantwortet.

An den Beratungen beteiligen sich der Abgeordnete Michael Rückl (B90/Die Grünen), der Ausschussvorsitzende Konrad Dörner und Landrat Joachim Arnold.

Sodann fasst der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Kreistag, den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Gebäudewirtschaft des Wetteraukreises für das Wirtschaftsjahr 2010 wie folgt zu beschließen:

„Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2010 wird

im Erfolgsplan

in den Erträgen auf 11.965.500 €

in den Aufwendungen auf 11.965.500 €

im Vermögensplan

in den Einnahmen auf 30.000 €

in den Ausgaben auf 30.000 €

festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der Kredite im Vermögensplan zur Finanzierung von Maßnahmen wird auf 0 Euro festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 0 Euro festgesetzt.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 1.000.000 Euro festgesetzt.

Es gilt die vom Kreistag mit dem Wirtschaftsplan beschlossene Stellenübersicht für das Wirtschaftsjahr 2010.“

TOP 9 (alt 13)

(Drucksachen-Nr. 2010-3317)

Wirtschaftsplan 2010 des Eigenbetriebes Volkshochschule des Wetteraukreises

Zu diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Betriebsleiter des Eigenbetriebes vhs, Thomas Eberwein, an der Sitzung teil.

Der Ausschussvorsitzende Konrad Dörner weist, wie bereits zu Beginn der Sitzung, auf die, durch Beschlüsse der Betriebskommission und des Kreisausschusses, erfolgte Änderung im Wirtschaftsplan hin.

Thomas Eberwein erläutert den vorliegenden Wirtschaftsplan und teilt ergänzend hierzu mit, dass die Volkshochschule 2 weitere, nicht im Stellenplan des Wirtschaftsplanes enthaltene Personen für die Dauer eines Projektes von voraussichtlich einem Jahr befristet eingestellt hat.

Außerdem informiert er darüber, dass die Volkshochschule eine Erhöhung der Honorare für die Referenten in Erwägung ziehe, die durch eine gleichzeitige Erhöhung der Gebühren gedeckt werden soll. Die letzte Gebührenerhöhung erfolgte 2002.

Fragen werden umfassend beantwortet.

An den Beratungen beteiligen sich der Ausschussvorsitzende Konrad Dörner und der Abgeordnete Michael Rückl (B90/Die Grünen).

Im Anschluss an die Beratungen fasst der Haupt- und Finanzausschuss inkl. der Änderungen einstimmig folgenden Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Kreistag:

„Der Wirtschaftsplan 2010 des Eigenbetriebes Volkshochschule bestehend aus

1. Erfolgsplan
2. Vermögensplan
3. Finanzplan und
4. Stellenübersicht

wird gemäß Anlage beschlossen.“

TOP 10 (alt 14) (Drucksachen-Nr. 2010-3314)
Bestellung des Prüfers für den Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes vhs wetterau

Zu diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Betriebsleiter des Eigenbetriebes vhs, Thomas Eberwien, ebenfalls an der Sitzung teil.

Er erläutert die Auswahl des Wirtschaftsprüfungsunternehmens und wird hierbei von Edda Weber, Dezernentin für die Volkshochschule, ergänzt.

Der Ausschussvorsitzende Konrad Dörner erkundigt sich, ob man das billigste oder das wirtschaftlichste Angebot gewählt habe. Er fragt in diesem Zusammenhang auch nach dem zeitlichen Umfang den die jeweiligen Bieter für die Prüfung angesetzt haben.

Thomas Eberwien teilt mit, dass hierzu von keinem der abgefragten Wirtschaftsprüfungsunternehmen Angaben gemacht worden sind.

Der Ausschussvorsitzende bittet die vhs um Vorlage der bei der Angebotseinholung abgefragten Kriterien. Dies wird seitens des Betriebsleiters, Thomas Eberwien und der Kreisbeigeordneten und Dezernentin für die Volkshochschule, Edda Weber, zugesichert.

Die Aufstellung ist diesem Protokoll als Anlage 2 beigefügt.

Fragen werden umfassend beantwortet.

Im Anschluss an die Beratungen fasst der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

Der Haupt – und Finanzausschuss empfiehlt dem Kreistag:

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

WIKOM AG
Gerbermühlstraße 9
60594 Frankfurt a. M.

wird mit der Durchführung der Prüfung des Jahresabschlusses 2009 des Eigenbetriebes Volkshochschule beauftragt.

TOP 11 (alt 15) (Drucksachen-Nr. 2010-3309)
Aufhebung der Stellenbesetzungssperre für die Fachstellenleitungsstelle im Fachdienst Bauordnung

Ohne Aussprache fasst der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss verkürzt die Stellenbesetzungssperre für die Stelle der Fachstellenleitung EG 12 TVöD im Fachdienst 4.5 Bauordnung um 6 Monate und hebt diese ab 01.06.2010 auf.

TOP 12 (alt 16) (Drucksachen-Nr. 2010-3318)
Verkürzung der Stellenbesetzungssperre für eine Teilzeitstelle (50%) der Entgeltgruppe S14 TVöD im FB 3, FSt 3.2.1

Ohne Aussprache fasst der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss verkürzt die Stellenbesetzungssperre für eine Teilzeitstelle (50%) der Entgeltgruppe S 14 TVöD im Fachbereich 3, Fachstelle 3.2.1 Jugendhilfe West (Butzbach) um 11 Monate und hebt diese ab 01.04.2010 auf.

TOP 13 (alt 9) (Drucksachen-Nr. 2009-3405)
Sonderinvestitionsprogramme "Schul- und Hochschulbau" der Hessischen Landesregierung und Konjunkturpaket II der Bundesregierung

Zu diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Betriebsleiter des Eigenbetriebes Gebäudewirtschaft (EGW) ebenfalls an der Sitzung teil.

Er informiert den Ausschuss darüber, dass die vorgegebene Frist zur Vorlage der Rechnungen im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Lernumfeldverbesserung seitens des EGW nicht eingehalten werden kann.

Er teilt weiter mit, dass die von Bund und Land geforderten Statistiken ein personell und zeitlich kaum noch zu bewältigendes Maß erreicht hätten.

Fragen werden beantwortet.

Da das für die Sitzungsdauer gesetzte Zeitlimit erreicht ist, beschließt der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig die im folgenden aufgeführten Tagesordnungspunkte zur Beratung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu vertagen.

Es handelt sich hierbei um folgende Tagesordnungspunkte:

TOP 14 (alt 7)
Schulsozialarbeit

TOP 14.1 (alt 7.1) (Drucksachen-Nr. 2008-3149)
Konzept für Schulsozialarbeit an Wetterauer Schulen
Antrag der SPD-Fraktion vom 5.8.2008
Änderungsantrag der Fraktionen CDU, FWG/UWG und FDP vom 3.9.2008

TOP 14.2 (alt 7.2) (Drucksachen-Nr. 2009-3584)
Schulsozialarbeit
Antrag der Fraktionen CDU, FDP und FWG/UWG vom 11.11.2009, eingegangen am 11.11.2009

TOP 15 (alt 10)
Kulturbarometer 2009 - Ergebnisse und Handlungsfelder der Mitarbeiterbefragung

TOP 16 (alt 11)
Einhaltung Stellenbesetzungssperre - Einsparungen 2009

TOP 17
Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt teilt der Ausschussvorsitzende auf Nachfrage seitens des Ausschusses mit, dass eine gesonderte Beschlussfassung zu Top 4.2 der heutigen Sitzung entbehrlich gewesen sei, da die Mittel bereits durch Haushaltsbeschluss bereitgestellt seien.

Ergänzend hierzu teilt Landrat Arnold auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden mit, dass es sich bei den, für die Durchführung des Zensus, bereitgestellten Mitteln um Mehrbelastungen handelt, die dem Wetteraukreis durch das Land pauschaliert erstattet werden.

Mit Dank an die Anwesenden schließt Ausschussvorsitzender Konrad Dörner um 18:06 Uhr die Sitzung.

aufgestellt

Gez. Julia Pilz
Schriftführerin

Gez. Konrad Dörner
Ausschussvorsitzender